

Mechernicher Anzeiger

Tageblatt und Volkszeitung für die Eifel

Freitag, 25. Juli 1930



Nr. 159 :-: 8. Jahrgang

Preis 10 Pfennig

Erscheint wöchentlich 6 mal außer feiertags. Bezugspreis 1.20 Mk. für den Monat, einrück Botenlohn. Zahlbar in zwei Raten am 1. und 15. des Monats. Bei Störungen infolge höherer Gewalt keine Ersatzansprüche. Bestellungen jederzeit durch die Post oder unsere Boten.

Druck und Verlag Kerp Nachf. Joh. Johann Eichen, Mechernich.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Johann Ignaz Schmitz, Mechernich.

Anzeigenkosten: 1 spaltige mm-Zelle 10 Pfg. Schluß der Aufnahme 9.30 Uhr. Für Erschließungstag und Platz keine Gewähr. Beilagen: Der Sport vom Sonntag, Wirtschaft Kultur - Leben, Die Frau und ihre Welt, Unsere Mädchen Fragen, Der Sonntag

Schriftleitung und Geschäftsstelle Mechernich Bahnhofstraße 46b
Fernsprecher Mechernich 63 - Bankverbindung Kreissparkasse Mechernich.

Das verheerte Unteritalien.

2500 Tote? — Unübersehbare Schäden.

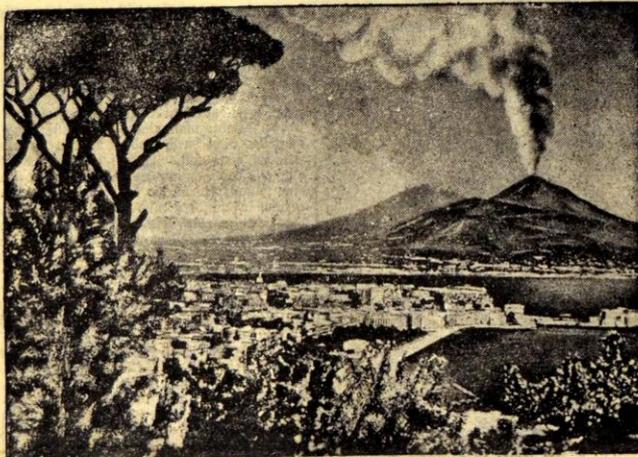


Bild auf dem Golf von Neapel.

Gleibende Zahl der Menschenopfer.

Die vom italienischen Innenministerium veröffentlichte amtliche Totenliste des furchtbaren Erdbebens in Mittelitalien weist 1778 Todesopfer auf. Die Zahl der Verwundeten wird mit 4264 angegeben.

Wie die „B. Z.“ aus Rom berichtet, wird halbamtlich zugegeben, daß die Gesamtzahl der Todesopfer im Erdbebengebiet etwa 2500 beträgt und noch steigen kann. Allein in **Bilanova**, einem Flecken von 3000 Einwohnern, wird die Zahl der Toten auf etwa 1500 geschätzt. Die Zahl der bei dem Erdbeben verletzten Personen soll ebenso hoch wie die der Toten sein. Allein aus der Gegend von **Lacedonia** und **Aquilonia** wurden 800 Verletzte, darunter viele Schwerverletzte, gemeldet.

3188 Häuser eingestürzt.

Das italienische Erdbebengebiet ist unter vier **Zonenkommandaturen** aufgeteilt worden, die von Beamten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten geleitet werden. Wie nunmehr feststeht, beträgt die Zahl der vollständig eingestürzten Häuser 3188, während rund 2747 Häuser Beschädigungen erlitten haben.

Mussolini hat an die Präfekten ein Rundschreiben gerichtet, in dem er **private Sammlungen** für die Erdbeben-gefährdeten verbietet. Dafür wird der Ministerrat demnach alle notwendigen Hilfsmaßnahmen beraten. Wie das „Giornale d'Italia“ meldet, wird der König in das Erdbebengebiet abreisen. Der Papst hat der schwergeprüften Bevölkerung seinen apostolischen Segen übermitteln lassen.

Noch mehr Beben zu erwarten!

Der Leiter des Florenzer Observatoriums erklärte, daß es voraussichtlich geraume Zeit dauern werde, bis im Erdbebengebiet völlige Ruhe eintritt, da der Umfang des von den seismischen Vorgängen betroffenen Gebietes sehr groß ist. Die Erdhöhe könnten sich innerhalb eines Monats wiederholen, würden aber jedenfalls schwächer sein, da der erste Stoß erfahrungsgemäß fast immer der heftigste sei.

Aus den Gebieten des Grauens.

Nach den bis Donnerstag mittag in Rom vorliegenden Meldungen aus dem Erdbebengebiet muß mit einem weiteren Steigen der bisher bekannt gewordenen Verlustziffern gerechnet werden. Da die Telefon- und Telegraphenlinien stellenweise unterbrochen waren, hat man erst verhältnismäßig spät von den verheerenden Folgen des Erdbebens in einer Reihe dichtbesiedelter Ortsgemeinden erfahren. Während bislang angenommen wurde, daß **Neapel** in der Provinz **Potenza** am stärksten mitgenommen war, sieht jetzt fest, daß der südöstliche Teil der Provinz **Avellino**, also **Bilanova**, **Aquilonia** und Umgebung in weitem Maße betroffen wurden. Eine genaue Uebersicht wird man jedoch nicht vor Freitag erwarten dürfen, da von den Rettungsaktionen noch nicht das ganze Gebiet erfaßt worden ist.

Gemäß den Vorschriften für Naturkatastrophen hat das Luftfahrtministerium das betroffene Gebiet von **Erfundungsflügen** überfliegen und photographische Aufnahmen anfertigen lassen. Nach den Berichten der Flugzeugführer haben auch im Mittelpunkt des Erdbebengebietes zahlreiche Ortsgemeinden das Erdbeben verhältnismäßig gut überstanden.

Die **Bergungsarbeiten** werden inzwischen mit den zur Verfügung stehenden Kräften fortgesetzt. Es scheint jedoch, daß noch nicht ausreichende Hilfskolonnen zur Stelle sind. Die Ausmaße des verheerenden Erdbebens sind erst zu spät richtig erkannt worden. Die Straßen sind überfüllt von Autoskolonnen, Verwundetentransporten. An den Kreuzungspunkten kampiert die **obdachlose Bevölkerung**, teilweise stumm vor Schmerz, teilweise laut jammender. Die Kinder, die von der Schwere des Unglücks, das ihre Heimat betroffen hat, noch keine richtige Vorstellung haben können, weinen in dem allgemeinen Durcheinander bitterlich und flehen um Hilfe. Stellenweise sieht man **Leute, die wahnsinnig an den eingestürzten Häusern graben**, in der Hoffnung, die Bergungsarbeiten beschleunigen zu können. Ein aus **Bilanova** gebürtiger Ingenieur, der mit dem ersten Hilfszug eintraf, um bei den Bergungsarbeiten zu helfen, fand unter den Trümmern seines elterlichen Hauses **seine tote Mutter**. Eine herzzerreißende Szene spielte sich ab, weil man dem Ingenieur kurz zuvor versichert hatte, daß seine Mutter bereits vor dem Erdbeben das Haus verlassen hätte. Der Ingenieur schien vor Schmerz den Verstand zu verlieren. Aus den umliegenden Provinzen werden immer neue Hilfskolonnen in das Erdbebengebiet entsandt, die mit Wasser, Lebensmitteln und Radiostationen ausgerüstet sind. **Mussolini** läßt sich dauernd über die Fortschritte der Bergungsarbeiten auf dem Laufenden halten.

Aus der Provinz **Avellino** werden folgende Einzelheiten über das Ausmaß des Erdbebens gemeldet: In **Lacedonia** sind die **alten Teile der Stadt völlig eingestürzt**. Nur etwa 50 Häuser blieben verschont. Noch schlimmer ist die Lage in **Aquilonia** und **Bilanova**, wo **kein einziges Haus mehr ohne Lebensgefahr** betreten werden kann. In diesen Gemeinden gibt es keine Familie, die nicht irgendwie betroffen wurde, während eine Reihe von Familien den Tod gefunden hat. In **Aquilonia** ist u. a. ein junger Akademiker, der nach Hause gekommen war, um sein belaudenes Doktor-Examen zu feiern, mit Vater, Mutter und Tante umgekommen. In der gleichen Stadt hat ein Arzt drei Kinder verloren. Ferner wurde eine Frau, die bereits aus den Trümmern geborgen war, von einem nachstürzenden Stein erschlagen. Von **Neapel** ist überhaupt nur der **neuere Teil der Stadt** und der **Bahnhof** sehenswürdig. Während der Rettungsarbeiten wurden zwei **Milizkolonnen** bei dem durch einen neuen Erdstoß verursachten Einsturz einiger weiterer Häuser verlegt. In der Provinz **Reggio** sind in zahlreichen Gemeinden **Häuser und**



Das Zentrum des Erdbebengebietes. Die von der Katastrophe besonders heimgesuchten Städte sind unterstrichen.

Kirchen eingestürzt. Am meisten betroffen sind die Städte an der Grenze der Provinz. So hat **Acabia** 34 Tote und etwa 500 Verwundete, darunter 100 Schwerverwundete, zu verzeichnen. Etwa 100 Häuser sind eingestürzt. Einige Tote werden aus **Candala** gemeldet. In der Provinz **Salerno** sollen nur drei Tote und nur wenige Verwundete zu betlagen sein. In **Cava da Tirreni** ist das **Franziskanerkloster** eingestürzt, ohne jedoch Opfer an Menschenleben zu fordern. **Aus Neapel** sind alle verfügbaren Feuerwehreinheiten und Rettungskommandos in das Haupterdbebengebiet entsandt worden. Der Kommissar von Neapel hat alle in den Krankenhäusern und Apotheken vorhandenen Vorräte an Starckampferum beschlagnahmt lassen. In Neapel selbst mußten 19 größere Wohnhäuser geräumt werden und 50 Familien von den Behörden anderweitig untergebracht werden.

Die **Befestigung der Neapeler Opfer** erfolgt auf Kosten der Stadt. Vor der Kathedrale von Neapel veranstaltete die Bevölkerung eine lebhafteste Kundgebung und verlangte die **Ausstellung der silbernen Hüfte des heiligen Januarius**, der Schutzheiligen von Neapel. Auf Veranlassung des Erzbischofs wurde diesem Wunsch stattgegeben. Darauf sammelte sich die Bevölkerung vor der Kathedrale und siehe den Schutzheiligen um Verhütung von neuem Unglück an. Die Kathedrale war den ganzen Tag von Betenden erfüllt.

Schwere Ausbrüche des Krakatau. — Zusammenhänge mit der Erdbebenkatastrophe in Italien.

In geologischen Kreisen, so wird aus Amsterdam gemeldet, nimmt man an, daß die **furchtbare Erdbebenkatastrophe in Italien** und die **erhöhte Tätigkeit des Krakatau**, des größten Vulkans Sibiriens, in irgendeinem Zusammenhang stehen. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß zur Zeit der Erdbebenkatastrophe im Vesuv-Gebiet bei Neapel die Eruptionen des Krakatau ihren Höhepunkt erreichten. So beobachtete man Feuer- und Lavaausbrüche bis zu 1000 Meter Höhe. Seit Mittwoch nachmittag haben die Eruptionen etwas an Gewalt verloren. Die höchsten erreichten 600 Meter. 14 Eruptionen über 500 Meter wurden beobachtet. Die Ausbrüche erfolgen unter gewaltigen Gasexplosionen. Die Insel **Anac-Krakatau**, die bei dem schweren Ausbruch des Vulkans im Januar ds. Jz. plötzlich aus dem Meere auftauchte und dann wieder verschwand und bei den neuerlichen Krakatau-Eruptionen wieder zum Vorschein kam, ragt jetzt 40 Meter über dem Meerespiegel.

Die gute Aufnahme der Separatisten in Frankreich.

Die nach dem Eisig geschlossenen Separatisten haben in **Neapel** einen Verein gegründet. Die Vizepräsidentin der Liga „Palaz am Rhein“, eine Frau **Dutres**, übermittelte den Separatisten die Grüße des französischen Wohlfahrtsministers. Dabei sagte sie, die Separatisten hätten in Deutschland eine **Adamsmutter** verloren, in Frankreich fänden sie eine Mutter wieder. Nach dem Gehang eines Separatistenliedes schrien die Separatisten vor Begeisterung: „Es lebe Frankreich!“, worauf der Bürgermeister von Neapel und der Generalkonstabel des Moselparlaments noch einige Worte sprachen.

Schlachtschiff „Hindenburg“ wieder gestrandet.

Der ehemalige deutsche Schlachtschiff „Hindenburg“, der in der Nacht von **Scapa Flow** gehoben worden war, ist beim Abhissen unweit der **Bucht** bei der Insel **Hoy** auf Grund geraten.

Der Aufmarsch der Parteien

Kurz Besprechung der Parteiführer beim Reichspräsidenten.

Gegenüber anders lautenden Meinungen wird der Reichspräsident, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht die Parteiführer zu einer Besprechung zusammenrufen. Der Reichspräsident beabsichtigt überhaupt nicht in den Wahlkampf irgendwie einzugreifen.

Vorhandlung der Deutschnationalen Volkspartei. — Eine Entschlebung.

Zu einer Sitzung des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei waren von 95 Mitgliedern insgesamt 85 erschienen. Der Parteivorstand Dr. Eugenberg schilberte die politische Lage.

Nach ihm bezeichnete der Fraktionsvorsitzende Dr. Oberfahren mit scharfen Worten die Steuerpolitik des Ra-

binetts Drilling als unmöglich und wies auf das Angebot hin, das die deutschnationale Führung dem Zentrumstangler gemacht habe, um noch in diesem Reichstage eine durchgreifende Finanzsanierung durch Ausgabenkürzung, Umstellung der Handelspolitik und Youngrevision zu erreichen. Alle Lösungsmöglichkeiten seien am Widerstand des Zentrums, das die Verbindung mit der Sozialdemokratie in Preußen nicht aufgeben wolle, gescheitert.

In der Aussprache kamen dann die führenden Vertreter der Verbandorganisationen zu Wort. U. a. sagte Präses Koch (Westfalen), daß das Zentrum die Verbindung mit der Sozialdemokratie nicht lösen wolle oder nicht könne. Braun habe im Reichstag mit gegen den Zentrumstangler abgestimmt, und trotzdem habe das Zentrum sein Verhältnis zur Sozialdemokratie in Preußen nicht gelöst. Der Parteipräsident von Brünnings erwiderte, daß der Parteipräsident (Rheinland) wies darauf hin, daß in den ehemals besetzten Gebieten die Zentrumspolitik dem Youngplan gegenüber an-

genügt der Nichtregelung der Saarfrage fürchten Preußen hervorgerufen habe. Die Stunde der Deutschnationalen im Westen des Reiches sei gekommen.

In der Nachmittagsitzung nahm die Aussprache ihren Fortgang. Dem Parteivorstand liegt eine Entschlebung vor, in der die entscheidende Politik des Parteiführers Dr. Eugenberg geklärt wird.

Führertagung der Wirtschaftspartei.

Am Donnerstag tagte im Reichstag eine Führertagung der Wirtschaftspartei, an der neben den Vertretern der Wahlkreise die Abgeordneten des Reichstages und der Länderparlamente teilnahmen. Der Parteivorsitzende Dremwig berichtete über die durch die Reichstagsauslösung geschaffene Lage und schilberte die Arbeit der Wirtschaftspartei in der Reichsregierung.

Reichsjustizminister Dr. Bredt ergänzte diese Ausführungen, an die sich eine Aussprache angeschlossen, in der die Richtlinien für die Reichstagswahlen besprochen wurden.

Im weiteren Verlauf der Tagung nahm der Parteivorsitzende Dremwig Gelegenheit, auf den geplanten und von der Deutschen Volkspartei angeregten Zusammenschluß der bürgerlichen Mitte einzugehen. Er erklärte, daß die Wirtschaftspartei schon einmal bereit gewesen sei, eine Sammlung der bürgerlichen Parteien zu versuchen. Dieser Versuch sei aber gescheitert. Man müsse daher erst die weitere Entwicklung der Dinge abwarten.

Am Schluß wurde einstimmig ein Beschluß gefaßt, bei dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion Dank und Anerkennung für die unter schwierigsten parlamentarischen Verhältnissen im Interesse des Reiches, der Wirtschaft und des deutschen Mittelstandes geleistete Arbeit ausspricht.

Interessenhäufen oder Staatsvolk? — Kritik des demokratischen Wahlkampfes.

Bei einer Wahlkundgebung der Deutschen Demokratischen Partei, die in Berlin unter das Thema: „Interessenhäufen oder Staatsvolk“ gestellt war, bestrich die sich Abg. Koch-Weser u. a. mit der Einladung des Parteiführers der D. D. P., Scholz, in der der Begriff der staatsbeherrschenden Parteien offenbar nicht auf die Sozialdemokratie angewandt werde. Wenn man eine Zusammenfassung wolle, so könne man das nicht durch Abbildung von Verschiedenartigem tun, sondern man müsse sich auf ein positives Arbeitsprogramm einigen, das sich auf weitere Ziele erstreckt. Wir brauchen eine Finanzreform, die das schwindende Verantwortlichkeitsgefühl in Ländern und Gemeinden für Einnahmen und Ausgaben wieder hebe. Wir brauchen ein Wirtschaftsprogramm, die das Parlament schlagfertig mache und es aus seiner bürokratischen Kleinarbeit heraushebe. Weber Parteien, die von Gewerkschaften, noch solche, die von Unternehmerverbänden abhängen, vermögen Rettung zu bringen. Es komme darauf an, daß eine Volksbewegung hervorgerufen werde, für die Stärkung des Staatsgebütens oberstes Gebot sei.

Vizekanzler und Reichsminister der Finanzen Dr. Dietrich, von der Versammlung stürmisch begrüßt, wies darauf hin, daß die Sorgen nicht aus dem eigentlichen Reichset kommen, sondern aus der Tatsache, daß das Reich 685 Millionen RM. zur Arbeitslosenversicherung zuzuführen müsse. Die Wege, den Bedarf des Reiches und die Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung aufzubringen, seien angeht die gewaltigen Steueranspannung, die wir schon haben, außerordentlich beschränkt. Ueber die 100 Mill. RM., welche am Etat abgesetzt werden sollen, sei unter den Ressorts nahezu eine Verständigung erzielt. Die Erhöhung der indirekten Steuern sei außerordentlich unstrittig; das vielgerühmte Tabakmonopol sei nicht zu verantworten. Auf alle Fälle aber müsse den Gemeinden die Möglichkeit einer indirekten Steuer neu gegeben werden. Die Erhaltung geordneter Finanzen sei die Voraussetzung der Herstellung des Vertrauens, ohne das uns billige Rohstoffe und billiges Geld nichts nützen. Wir kämpfen um diese Dinge auf dem Boden der Republik. Die Zerkümmern der deutschnationalen Partei beweise das Anwachsen der Elemente, die den Weg zum heutigen Staat finden. Wenn das Kabinett auf den Plan Eugenbergs eingegangen wäre, die Entscheidungen über die Notverordnungen zu vertragen, so wäre das einem Staatsstreik nahe gekommen. Der Kanzler und die Minister hätten in erster Linie die Vorschläge zu verantworten, die dem Reichspräsidenten gemacht worden seien. Wir leben in einer Linie mit Hindenburg. Der Kampf geht um drei Dinge: 1. um Sparmaßnahme, 2. um soziale Reform und 3. um Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wie der neue Reichstag aussehen wird, ist eine offene Frage; aber das eine steht fest, daß es sich darum handelt, die staatsbürgerliche Mitte stärker als bisher in die Politik einzufassen. Das auf liberalem Boden gemachte Bürgertum muß um die Macht im Staate und um seinen Einfluß kämpfen. Kämpft es nicht dessen um die Interessen der einzelnen Gruppen, dann verpaßt es einen historischen Moment und seine Zeit wird endgültig vorüber sein.

Der Pommerische Landbund will freie Hand behalten.

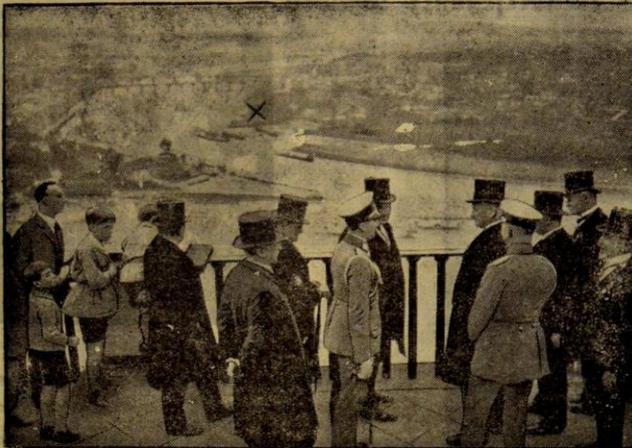
Der Pommerische Landbund hat am Donnerstag in einer Sitzung der Kreisgruppenvorsitzer und der Bundesorgane in namentlicher Abstimmung folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt:

„Der Reichslandbund verlangt in seinem Wahlauftrag in, wie er sich ausdrückt, beußerter Abkehr von der bisher geübten Methode von den einzelnen Landbünden daß sie, soweit dies die örtlichen Verhältnisse zugeben lassen, im Wahlkampf für eine bestimmte Partei oder Parteigruppierung eintreten. Der Pommerische Landbund stellt fest, daß die örtlichen und politischen Verhältnisse in Pommern ebenso wie der bisherige Weg des Pommerischen Landbundes die Freiheit fordern gegenüber allen Parteien und deshalb die Festlegung auf eine bestimmte Partei oder parteipolitische Liste nicht gestatten.“

Keine Eisenverbindung Randoobk-Treivranus.

Gegenüber Mutmaßungen, daß zwischen einer „Stadtliste“ Westarp-Treivranus und den Randoobkischen Eisenverbindungen hergestellt werden sollen, erklärte der Vorsitzende der Chr. Nat. Bauern- und Landvolkpartei, Staatsrat a. D. Höfer, einem Vertreter der „Randoobknachtigen“, solche Eisenverbindungen kämen nicht in Frage. Eine Aufgabe der Selbständigkeit der Partei stehe außerhalb des Rahmens jeder Erörterung. Die genannte Korrespondenz bemerkt hierzu, nachdem die Konservative Volkspartei gestern gegründet worden sei und da die Landvolkpartei schon rein organisationsmäßig der Ausgangspunkt der Randoobkbewegung sei, gemäßliche nur der Fortbestand der bestehenden Parteien die Zusammenführung der konservativen Kräfte

Das Unglück bei Koblenz.



Wenige Stunden vor der Brückeneinsturz.

Begrüßung Hindenburgs auf dem Ehrenbreitstein mit dem Blick auf die Stelle (X), an der später 35 Menschen bei dem Brückeneinsturz den Tod fanden.

Voraussichtlich 40 Tote.

Eine am Donnerstagsvormittag an der Unglücksstelle geborgene Leiche ist als Elfriede Görres aus dem Schwefelstein in Rheinwaldheim erkannt worden. Am Nachmittag wurde vom Taucher erneut eine Leiche geborgen. Es handelt sich um Maria Udermann aus Gils. Der Taucher setzt die Bergungsarbeiten fort. Vermisstenanzeigen sind aus allen Teilen des Reiches in Koblenz eingelaufen. Es handelt sich

sucht wird ein Einwohner aus Altschaffenburg namens Georg Galland. Er hatte sich unter Zurücklassung seines Rucksackes aus dem Gasthause entfernt, um der Beleuchtung beizuwohnen. Zwei Vermisstenmeldungen sind als ernsthaft anzusehen, so daß die Zahl der Toten insgesamt 40 betragen dürfte.

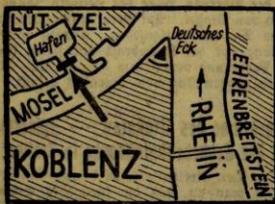
Am Sonntag um 9 Uhr wird Bischof Dr. Bornemann von Trier in Koblenz ein Pontifikal-Requiem halten. Nachmittags um 4 Uhr werden 15 Leichen aus Koblenz auf einem Ehrenplatz des städtischen Friedhofes beigesetzt. Die übrigen Toten werden in ihre Heimat gebracht. Die Bergungs- und Taucharbeiten werden ununterbrochen fortgesetzt.

In den Bergungsarbeiten wird für die evangelische Gemeinde Generalsuperintendent Dr. Stoltenhoff teilnehmen.

Gpenden des Reiches und Preußens.

Die Reichsregierung hat auf Antrag des Reichsverkehrsministers dem Oberbürgermeister von Koblenz 20 000 RM. als Beihilfe für die durch das Brückeneinsturz Betroffenen zur Verfügung gestellt.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat nach der preussischen Staatsregierung der preussische Finanzminister der Stadtverwaltung in Koblenz einen Betrag von 20 000 Mark zur Milderung der Not der von dem Brückeneinsturz Betroffenen bezw. deren Hinterbliebenen durch den Regierungspräsidenten in Koblenz kassieren lassen.



Carte der Unglücksstelle (Weil), an der sich die furchtbare Brückeneinsturz ereignete.

habet um Personen, von denen man annahm, daß sie sich an dem Unglückstage in Koblenz befunden haben. Die Zahl der Vermisstenmeldungen beträgt zurzeit 18. Besonders ge-



Die Rettungsarbeiten an der Unglücksstelle.

Im Spiegel des Tages

Dr. Bang
sächsischer Ministerpräsident



Oberfinanzrat Dr. Paul Bang, einer der bekanntesten deutschen Nationalpolitiker und Führer der alldeutschen Bewegung, wird von den Deutschen Nationalen als sächsischer Ministerpräsident vorgeschlagen.

Wie Buschs Erben um ihr Vermögen kämpfen

Die Erben des verstorbenen Stadtrats Busch, die zur Sicherung des Vermögens ihres Erblassers bereits eine Reihe von aufsehenerregenden Schritten unternommen haben, sind vor kurzem auch an das Finanzamt herangetreten, um mit ihm einen Vergleich über die Steuerforderungen der Behörde zu schließen. Wie das Finanzamt mitteilt, ist jedoch ein solches Abkommen nicht zustande gekommen. Damit sind auch alle Mittelungen sinnlos, die über einen angeblichen Vorlauf des Finanzamts von 5000 Mark zur Durchführung der Buschschen Forderungen gegen Busch und andere Personen verbreitet werden.

Als feinerzeit die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft immer deutlicher ergaben, daß Stadtrat Busch Bestechungsgelder erhalten hat, erwirkte bekanntlich das Finanzamt einen Arrest gegen Busch, um die rückständigen Steuern und die zu erwartenden Steuerstrafen zu sichern, die zusammen auf etwa 2 Millionen geschätzt wurden. Mit dem Tode Buschs entfiel der Anspruch auf Steuererlass; doch blieb die Forderung auf rückständige Einkommen- und Vermögenssteuer. Nach dem Finanzamt beantragte am 19. Juni auch die Stadt Berlin den Erlass eines Arrestes, um die Schmier- und Bestechungsgelder zurückzuerhalten, die Busch bekommen hatte.

Dieser Arrest erging gegen die Witwe als Alleinerbin. Neben diesen Maßnahmen konnten natürlich der Familie Busch und der Familie Band, die 47 Prozent der Angehörigen Markt besitzt, während 51 Prozent Eigentum Buschs beim Busch sind, der Anspruch um die Geltung der Marke. Die Familie Band hat sich von Busch eine Vollmacht geben und erhebt in einer sofort einzureichenden Generalversammlung Buschs Sohn seines Amtes als Geschäftsführer. Gegen diesen Beschluß haben jetzt die Erben Buschs vor. Sie haben sich von Busch bestimmte Anteile abtreten lassen die ihm allerdings zurückverkauft wurden. Jetzt wird um die Wirksamkeit der Generalversammlungseinschließung verstritten, und die Gruppe Busch verfaßt den jungen Busch wieder als Geschäftsführer einzusetzen.

Die Durchführung dieser Rechtsstreitigkeiten erfordert selbstverständlich Geld, und da ein Sieg in erster Linie dem Finanzamt zugunsten käme, das auf diese Weise Geld erheben könnte, Bestechungswertbauer ansetzt, ob das Finanzamt bereit wäre, in Höhe der Prozesse, um anderen Kosten auf seine Forderungen zu verzichten. Das Finanzamt erklärt hierauf, daß ein Vergleich ohne Zustimmung des Finanzministeriums undenkbar wäre.

Diese ist bisher nicht nachgesucht worden, u. dem Finanzamt sind weitere Vorwürfe nicht bekanntgeworden. Es entspricht daher nicht der Wahrscheinlichkeit, wenn von einem Vorlauf des Finanzamts geredet wird. Ebenfalls ist es nicht richtig, daß zwischen der Stadt Berlin und dem Finanzamt ein Schritt um die Buschschen Vermögenswerte bestünde. Beide Behörden haben Arreste erwidert, von denen der des Finanzamts als der frühere den Vorrang hat. Wie weit diese Forderungen bereits beglichen werden, steht noch nicht fest, weil es ja überhaupt zweifelhaft ist, ob die Erben Busch das Vermögen des Stadtrats zurückzuerlangen können.

Die Rechtslage bei den Angehörigen Werner in Auerbach beruht in der Generalversammlung, in der die Familie Band ihre Rechte durchsetzte, wurde eine Kapitalerhöhung beschlossen, so daß jetzt die Familie Band die Mehrheit besitzt. Gegen diesen Beschluß ist die Kapitalerhöhungseinschließung nicht zu kommen, das die Gruppe Band mit Busch beschloßen hatte, ein „Stimmengeld“ gewesen sein soll.

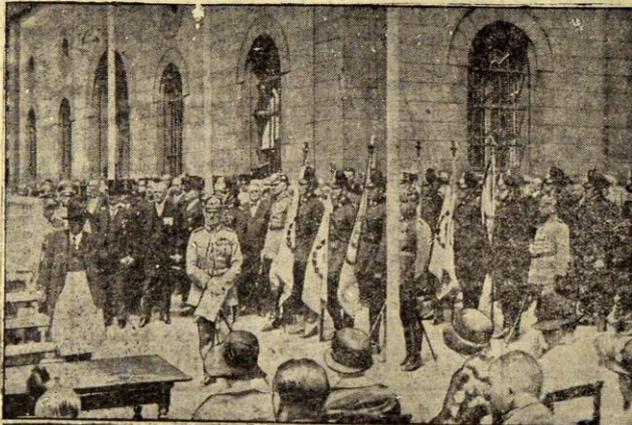
Negerblut in europäischen Adelsgeschlechtern

Marcus Garvey, ein feingebildeter Neger, wird von seinen Rassegenossen der „schwarze Moses“ genannt. Er will die Neger Amerikas in das gelobte Land Afrika zurückführen. Wie der Moses die Bibel bei den Ägyptern erlernt hat, so hat Marcus Garvey die Zivilisation in Amerika und die Strategie im Weltkrieg erlernt. Der Weltkrieg, sagt er, ist durch die Schwarzen entschieden worden. Ohne die Neger würde heute ein deutscher Kaiser im Buckingham-Palast thronen. Nun, da die Neger die Technik des Massenmordens kennengelernt haben, sind sie imstande, alle Weißen aus Afrika zu vertreiben und dort ein schwarzes Reich mit 400 Millionen Einwohnern zu gründen. Im Gegensatz zu

vel kaufte ihn für den Jaren und ließ ihn nach Petersburg bringen. Peter der Große fand Gefallen an dem schwarzen Knaben, ließ ihn taufen wurde selbst sein Pate. Abraham erhielt den Namen Abraham Petrowitsch Darnibal. Er wurde im Bagensforbs erzogen. Leibpage des Kaisers, später dessen Sekretär. Er hat eine an das Märchenhafte grenzende Karriere gemacht, war auf allen Feldzügen des Jaren, der ihm im Jahre 1717 nach Paris mitnahm, wo Darnibal die französische Offizierschule besuchte. Er trat sogar in die französische Armee ein, wurde Sanitätsmann und machte den Krieg gegen Spanien mit. Unter Katharina I. wurde ihm die Erziehung des Zarewitsch anvertraut. Einmal mußte er auch in die Verbannung nach

Seine Gattin entstammte einem alten russischen Adelsgeschlecht. Die Hälfte der Kinder geriet nach der Mutter, war weiß, die andere Hälfte geriet nach dem Vater. So auch sein zweiter Sohn Oskin, der der Vater der schönen Nubelische Darnibal wurde, die wieder der General Buschkin heiratete und Alexander Buschkin das Leben schenkte. Er fiel überall auf sein schwarzhaariges, braunes Haar die brennenden Augen, das Weiß der Arnen und sein gelblicher Teint; erinnerten an seine Herkunft vom General Hannibal. Von Buschkin aus floß das schwarze Blut weiter. Buschkins Tochter Antalea heiratete den Prinzen Nikolaus von Nassau, der Sohn des letzten regierenden Herzogs. Die Kinder dieser Ehe erblieten den Titel von Grafen und Grafinnen von Meerenberg. Die Älteste Gräfin von Meerenberg heiratete den Großfürsten Michael Mikhaelowitsch von Rußland. Das Blut Peters des Großen u. seines Enkels Abraham hatte sich vermischt. Aus der Ehe des Prinzen Nikolaus von Nassau mit Antalea Buschkin ist auch ein Sohn hervorgegangen: Georg Graf von Meerenberg. Dieser heiratete die Prinzessin Olga Karlewskaja, eine Tochter des Kaisers Alexander 2., aus dessen moranatischer Ehe mit einer Prinzessin Dolgorukin die Prinzessin Kurienzki gemacht hatte. Die Älteste Tochter des Großfürsten Michael und der Gräfin Meerenberg, namens Anastasia, heiratete den englischen Baronet Werber, die zweite, namens Nubelja den Marquis Wilford Owen.

Die erste Regimentsfeier im befreiten Gebiet



Die Feier auf dem Kasernenhof des ehemaligen 23. Inf.-Regimentes in Kaiserslautern.

In den vordersten Reihen der Teilnehmer 6 alte Feldweihen der ehemaligen Garnison in Kaiserslautern.

Diese erste Wiedersehensfeier der Angehörigen des ehemaligen bayer. 23. Inf.-Regts. (König Ferdinand von Bulgarien) und des ehemaligen bayer. Inf.-Regts. 8 gehalten sich in Anwesenheit der Vertreter der Behörden und vieler Ehrengäste des alten und neuen Heeres zu einer erbebenden Kundgebung.

den meisten Negern, die für Gleichberechtigung mit den Weißen sind und die zeichnen ist der „Kaiser von Afrika“ Marcus Garvey Rassenfanatiker, gleichsam das schwarze Gegenstück zu den „nordischen“ Rassenführern, die in der letzten Zeit so viel von sich reden machen. Nicht der Weiße ist nach Garvey der Feind der Neger, das ist vielmehr der Mulatte. Afrika soll das Paradies der reinen schwarzen Rasse werden.

Die Regeruniversität von Tuskegee gibt ein Negro Year Book heraus, das eine Art Adelsmatrikel darstellt und die Abstammung bedeutender Menschen von Schwarzen verzeichnet. Die amerikanischen Negerhelfer besitzen ziemlich untrübsame Kennzeichen der Abstammung eines Negers selbst in den entferntesten Generationen. Mit besonderem historischen Stolz ist da die Tafel verzeichnet, daß weite Teile Europas vernaheit sind, so Spanien und Sizilien. Portugal ist das an Negernachkommen reichste Land Europas. Schwarzes Blut lau mit den Mauren nach der Iberischen Halbinsel.

Nach Deutschland und Frankreich soll in der Zeit der Glaubenskriege viel dunkles Blut gekommen sein. Das geht aus manchen Sagen hervor. So heißt es daß Barthola von der Heiligtis der Sohn Gahmurets und einer Mohrenkönigin war. An dem war Schwarz und Weiß gebarbt. Nun ist Barthol geradem ein christlich-germanisches Symbol, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Heldendichtung einer ihrer hervorragensten Gestalten einen Mulatten zum Bruder gibt. Auch auf dem römischen Kaiserthron hat ein Mann mit dunkler Hautfarbe gesessen: Gaius Pescenius Niger.

Negerblut findet sich auch in manchen russischen, englischen und deutschen Adelsgeschlechtern. Das ist zufällig eine Tatsache, die historisch vollkommen verlaßbar ist und keinerlei Zweifel unterliegt. Der Mann, der schwarzes Blut in diese Geschlechter brachte, war der Urahnenvater des Dichters Buschkin. Seine Geschichte gehört zu den abenteuerlichsten der Neuzeit: Er hieß mit seinem Rufnamen Abraham u. war der Sohn eines indischen Händlings. Dieser von den Türken gefangen wurde, wurde Abraham als Geisel nach Konstantinopel geführt. Peter der Große von Rußland hatte immer eine Reihe von Negern in seinem Hofe. Sie waren Schatzkinder, gelangten nie in einer besseren Stellung heraus, wurden in der Regel später freigelassen oder wurden am russischen Hofe dem feindseligen Knaben Ibrahim schenken ein königliches Schloß vorbestimmt zu sein. Der russische Gesandte in Konstantino-

Sibirien, wurde aber von der Kaiserin Elisabeth begnadigt und gelangte zu den höchsten Staatswürden. Er wurde Kammerherr und kommandierenden General. Er starb 1781 im Alter von neunzig Jahren.

Bunte Zeitung

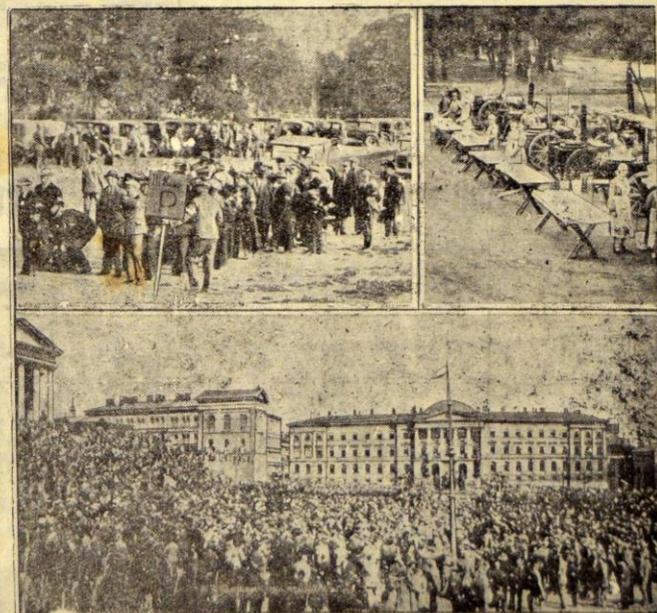
Wann hatet bei Schwarzfahrten der Wagenbesitzer?

Der Chauffeur eines Architekten behauptet eines Abends den Kraftwagen ohne Erlaubnis seines Dienstherrn auf der von ihm unternommenen Schwarzfahrt über die einen Ballanten. Dieser stellte nun an den Besitzer des Wagens Schadenersatzansprüche. Das Gericht landesberichtig und das Reichsgericht erkannten die Ansprüche des Klägers für gerechtfertigt an. Der Kraftwagenbesitzer hatete nur dann nicht für die ohne sein Wissen ausgeführten Fahrten, wenn der Benutzer des Wagens ohne das Verschulden des Besitzers in den Besitz des Wagens gelangt ist. Der Wagenbesitzer muß deshalb den Chauffeur hinreichend kontrollieren. Steht der Wagen in einer Garage — wie es in diesem Beispiel der Fall war — so muß der Besitzer dafür sorgen, daß der Chauffeur ihn nach der Einstellung des Wagens die Garagenschlüssel ausfandigt.

Vohnabbau auch in Amerika.

Der Beschluß der Chrysler-Automobilgesellschaft in Detroit, angefaßt der allgemeinen Wirtschaftsdpression sämtliche Gehälter und Löhne um 10 Prozent herabzusetzen, erregt allgemein sensationelles Aufsehen. Vielfach wird angenommen, daß andere große Firmen dem Beispiel bald folgen werden.

Der Lappmarsch auf Helsinkiors



Den links: Die Teilnehmer an dem Lappmarsch werden in Kompanien eingeteilt. Oben rechts: Batterien von Feldkitchen sorgen für die Verpflegung des militärisch organisierten Lappmarsches. Unten: Der Sonat-Platz in Helsinkiors während der Kundgebung der Lappo-Bauern nach ihrem Einmarsch in Helsinkiors. Die Lappo-Bewegung hat in Finnland gegen 12.000 Lappo-Bauern umfaßt in militärisch organisiertem Marsch in Helsinkiors ein und zwangen die erst kürzlich ausgedobte Regierung, ihren antikomunistischen Vorberurteilen aufzugeben.

Aus Westdeutschland.

Das Banner des Deutschen Schützenbundes.

feierliche Uebergabe am 26. Juli. — Der Festakt vor dem Kölner Staatshaus. — Freier Zutritt für Zuschauer.

Die Hauptwoche jedes Bundesjahres wird eingeleitet mit der Uebergabe des Bundesbanners. Das drei Jahre lang in der Obhut der festgebenden Stadt verweilt. Diese feierliche Uebergabe erfolgt diesmal am Sonntag, 26. Juli, um 6 Uhr nachmittags vor dem Staatshaus auf dem Ausstellungsgelände.

Nach 5 Uhr trifft das Banner im Kölner Hauptbahnhof ein, wird dort entpackt und von mehreren Schützen aufgeführt. So unglücklich es auch klingt, es müssen mehrere kräftige Männer zupacken, um das Symbol des Deutschen Schützenbundes aufzurichten, denn es wiegt 1 1/2 Zentner. Das Fahnenstück stammt aus dem Jahre 1862 und zeigt die großdeutschen Freiheitsfarben schwarz-rot-gold.

Trotzdem auf dem Bahnhofsvorplatz nimmt ein festlich geschmückter Ehrenwagen das Banner auf und bringt es in feierlichem Zuge über Bellersplatz, Hohenstraße, Gürtelstraße, Heumarkt und Hängebrücke nach Deutz zum Mittelbogen des Staatshauses. Alle Kölner Schützenkönige geben dem Wagen das Ehrengeleit. Hundertstämmige Schützen aus Oberbayern, die bisherige Wache des Banners, umringen den Zug und bringen die farbenfrohe Note ihrer Uniformen und Trophäen in das Kölner Straßenbild.

Inzwischen haben Behörden, Schützen und Zuschauer vor dem Staatshaus Aufstellung genommen. Zur Feier des Tages wird die augenblickliche Szenerie der Innenseite des Staatshauses fallen. Den Darrenden wird das Herannahen des Zuges nicht allein durch die weithin hallenden Weihen des Schützenmarsches angezeigt, sondern auch durch zwei Fahnenmännchen gemeldet, die über dem großen Torbogen ihre Kunst zeigen.

Das Bundesbanner wird von der Offiziere her durch den Torbogen herangefahren und den Behörden gegenüber auf einem Podium aufgestellt. Trompetenschlägen, zahlreicher Sängerkorps lassen das deutsche Lied erklingen. Dann beginnt der feierliche Akt.

Nach einer kurzen Ansprache des Bundesvorsitzenden überreicht Oberbürgermeister Schmaragd von Müllingen, Hüter des Banners seit 1927, das wertvolle Symbol dem Oberbürgermeister der Stadt Köln. Mit dem Verprechen, gleichfalls freier Hüter zu sein bis zum nächsten Bundesjahre im Jahre 1933, übernimmt Dr. Adenauer das Banner und läßt es durch sechs Kölner Schützen emporheben. Im gleichen Augenblick braust das Deutschlandlied mächtig dahin, hält durch die Anlage und über den Rhein. Alsdann setzt sich der Zug in Bewegung und bringt das Banner zur Nordhalle, wo es inmitten unzähliger anderer Schützenfahnen aufgestellt bleibt und besichtigt werden kann. Der ganze Platz rund um den Springbrunnen steht den Zuschauern zur Verfügung. Dieses Schauspiel wiederholt sich nur alle drei Jahre einmal, und immer in einer anderen Stadt.

Serne, 24. Juli. Beim Radendiebstahl abgefaßt. Vor einigen Tagen erschienen in einem Geschäft in der Bahnhofstraße zwei Bergleute aus Serne, die sich verschiedene Mägen vorlegen ließen. Während sie sich mit der Verkäuferin unterhielten, erkannte einer von ihnen das Reichswehrzeug einer Mägen und steckte sie heimlich seinem Begleiter zu, der die Mägen unter seinem Rock verheimlichen ließ. Beide verließen dann das Geschäft. Die Verkäuferin, die jedoch den Vorfall bemerkt hatte, folgte unauffällig den Dieben und rief eine Polizeibeamtinnen herbei, der ihnen die gestohlene Mägen wieder abnahm. Die Täter sind nun angetroffen.

Witten, 24. Juli. Stapelbrand. Auf Schacht 1-2 der Herberder Steintohlenwerke in Herbede entstand in einem Stapel ein Brand, der aber zum Glück bald eingedämmt werden konnte. Die Belegschaft fuhr sofort aus. Menschenleben sind nicht zu beklagen, auch hofft man, den Brand in Kürze abblößen zu können.

Castrop-Rauxel, 24. Juli. Wüste Schlägerei auf dem Tanzboden. In einer Wirtschaft im Stadteil Frohlinde kam es zwischen mehreren jungen Leuten zu einer

wüsten Schlägerei. Als ein junger Mann seiner Tänzerin aus Scherz in die Haare faßte, sprang der Bruder des Mädchens hinzu und schlug dem Tänzer mit einem Beinhaken so heftig gegen den Kopf, daß dieser zusammenbrach. Das war das Signal für eine unglücklichen Keilerei. Die Anwesenden gingen mit Stuhl- und Tischbeinen, Biergläsern und Stöcken aufeinander los, wobei die Mädchen sich ebenfalls verprügelten. Einer der Raufgänger erlitt eine derart schwere Kopfverletzung, daß er sofort dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Einem Mädchen wurde das halbe Ohr abgebissen. Im ganzen haben 10 bis 12 Personen Verletzungen erlitten. Die herbeigerufene Polizei mußte mit dem Gummistöckel die Kampfpartei trennen.

Langendreer, 24. Juli. Großfeuer in einem Holzlager. In der mechanischen Schreinerei der Firma Helmig in Langendreer entstand am Dienstagabend aus bisher ungeklärter Ursache Feuer, das an den großen Holzvorräten reiche Nahrung fand und mit rasender Geschwindigkeit um sich griff. Das Feuer griff auch auf die Nachbargebäude über und vernichtete wertvolle Holzvorräte und Maschinen. Der große Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Ramen, 24. Juli. Ein Kind vom Auto getötet. Abend wurde hier auf der Säener Straße das sechsjährige Söhnchen Fritz des Bergmanns Godel vom Kraftwagen eines Kaufmanns aus Lina überfahren und so schwer verletzt, daß es kurz darauf verschied. Das Kind soll, hinter einem Luftwehrwert hervor kommend, direkt in den Kraftwagen gelaufen sein.

Gamm, 24. Juli. Eine Dachpappenfabrik niedergebrannt. Nachmittags entstand in der im Hofengelände gelegenen Weisfälligen Dachpappen- und Teerfabrik Schmitz u. Co. Feuer. Der starke Wind trieb die Flammen mit rasender Geschwindigkeit auf die großen Vorräte und Fertigarbeiten über, und bald stand die ganze Fabrik in hellen Flammen. Die Fabrik wurde vollständig in Asche gelegt, etwa 60 Tonnen Vorräte und Fertigwaren wurden vernichtet. Auch die Wohnung des Meisters, die sich in der Fabrik befand, brannte vollständig aus. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, ein Uebergreifen des Feuers auf die umliegenden Läger zu verhindern. Die Entstehungsurache ist noch nicht bekannt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Hagen (Westf.), 24. Juli. 40jähriges Ortsjubiläum eines Pfarrers. Die Kirchengemeinde Ende bei Hagen i. W. feierte das 40jährige Orts-

jubiläum ihres Pfarrers, des Superintendenten Hoff, unter größter Beteiligung nicht nur der Gemeinde, sondern auch der Kreisynode und zahlreicher Festgäste von auswärts. Die Nachfeier nach dem Festgottesdienst mit den zahlreichen Ansprachen von Beistehenden der Beine und Körperschaften zeigte, mit welchem Segen dieser Geistliche 40 lange Jahre in seiner Gemeinde und Synode gewirkt und welche große Liebe und Verehrung er sich in dieser langen Wirkungszeit erworben hat.

Kettwig, 24. Juli. Ein Personenauto vom Lastwagen angefahren. Am Dienstagvormittag wurde ein mit drei Teilnehmern in der Rheinlandbefreiungsfeier bestehender Bochumer Personenauto auf der Ratinger Landstraße bei Kettwig, Mintard, wo man eine kurze Rast gemacht hatte, von einem Lastkraftwagen angefahren und vollkommen zertrümmert. Eine in dem Wagen sitzende gebildete Dame wurde auf der Stelle getötet. Der Führer des Personenauto und die dritte Insassin hatten kurz zuvor den Wagen verlassen und gingen in dem gleichen Schicksal. Der Führer des Lastkraftwagens soll ange-trunken gewesen sein.

Wuppertal, 24. Juli. Ein Radler tödlich verunglückt. Am Greiffenberg in Elberfeld in der Nähe der Blücherbrücke ereignete sich ein schweres Verkehrsunfall, dem ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel. Ein 15jähriger Schüler fuhr mit seinem Fahrrad an der Ecke Blumenstraße gegen ein Personenauto. Durch den heftigen Zusammenstoß trug der Junge derart schwere Verletzungen davon, daß er bald nach der Entlieferung ins Krankenhaus starb. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt, jedoch besteht die Möglichkeit, daß der Junge sich an der betreffenden Kreuzung nicht genügend umgesehen hat.

Krefeld, 24. Juli. Das Los der Kölner Dombaulotterie. Das Große Los der Kölner Dombaulotterie, derenziehung vom 12. bis 16. Juli war, ist im Betrage von 60 000 RM. in bar ohne Abzug auf die Nummer 219 406 gefallen, und zwar in die Kollekte des staatlichen Lotteriennehmers Angerhausen in Krefeld. Die glücklichen Gewinner sind 12 Arbeiter, die größtenteils gänzlich erwerbslos sind und sich mit ihren spärlichen Mitteln zwei Vorkasse der Lotterie gekauft hatten.

Bonn, 24. Juli. Zum Honorarprofessor in der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn wurde der Direktor der Pädagogischen Akademie in Bonn, Prof. Haederfeldt, ernannt.

Das Wetter

Bis Freitag ist wolfiges und ziemlich kühles Wetter bei vereinzelt Regenschauern zu erwarten. — Das Westwindgebiet über der Nordsee breitet sich südwärts etwas aus und gelte sonst wenig Aenderung.

Die Verwaltungskostenzuschüsse der Reichsbetriebe.

Von Abgeordneten Dr. Rottenberg, Berlin.

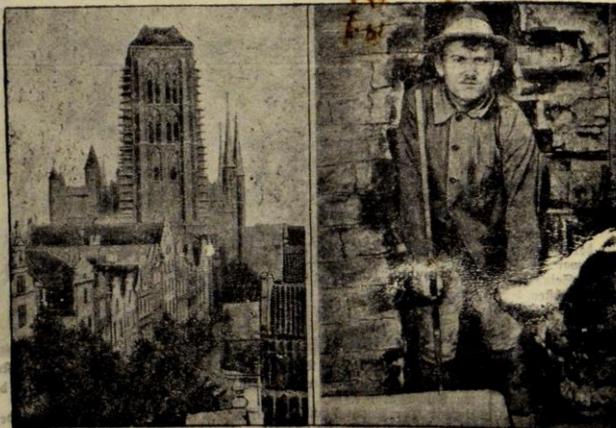
Im parlamentarischen Wortwort der letzten Wochen ist in der Öffentlichkeit wenig beachtet worden, daß der Reichstag am 4. Juli dieses Jahres endlich den Entwurf eines Gesetzes über die **Verwaltungskostenzuschüsse** verabschiedet und damit einem für die Gemeinden außerordentlich bedeutsamen Gesetz zur Durchführung verholten hat. Mit diesem Gesetz ist nach hinführender Verzögerung die Ausführung des **Reichsbetriebsgesetz** vom 10. 8. 1925 gefördert, insofern nach diesem den Gemeinden gegen die von der Gewerbesteuer befreiten Reichsbetriebe — insbesondere Post und Reichsbahn — ein Anspruch auf Zuschüsse zu den Verwaltungskosten (insbesondere zu den allgemeinen Verwaltungsausgaben; den Volksschul- und Fürsorgekosten und dem Straßenbau) zusteht. Bisher hatte das Reich — ein einzig dastehender Zustand — die Ausführungsbestimmungen zu diesem vor 5 Jahren erlassenen Gesetz noch nicht erlassen und damit die Geltendmachung der gemeindlichen Ansprüche gegen die Reichsbetriebe unmöglich gemacht, weil der bedeutendste Zahlungspflichtige, die Deutsche Reichsbahn, ihre Verpflichtung unter Berufung auf das Reichsbahngesetz vom 30. August 1924, wonach sie zu keinem neuen Gesetz herangezogen werden könnte, verneint hatte und in dieser Auffassung durch eine Entscheidung des Reichsbahngerichts behauptet wurde.

Mehr als 4 Jahre lang haben die Gemeinden, um die für den Gemeindehaushalt heute unentbehrlichen Zuschüsse der Reichsbetriebe, insbesondere der Reichsbahn, vergebens gekämpft und ebenso vergebens die Hilfe und die finanzielle Unterstützung des Reichs für den bisher existierenden Ausfall angerufen. Die Reichsbahn hatte sich auf Verhandlungen mit dem Reich schließlich nur bereit gefunden, einen jährlichen Zuschußbetrag von 2,5 Millionen RM. zur Abdeckung ihrer Gesamtleistungspflicht zu zahlen, ein Betrag, der etwa nur ein Drittel des erforderlichen Gesamtbeitrages gedeckt hätte. Erst die **Sänger Verhandlungen** und die **Neuregelung des Rechtsverhältnisses der Reichsbahn** im Sommer 1929 boten die Möglichkeit, eine für die Gemeinden günstigere Lösung zu finden. Es gelang, in das **neue Reichsbahngesetz** eine Bestimmung zu bringen, wonach die Reichsbahn jährlich zur Abgeltung der Forderungen der Gemeinden auf Verwaltungskostenzuschüsse einen **Zuschußbetrag von 5 Millionen RM.** an die Reichsregierung zahlt, die ihrerseits die Unterverteilung grundsätzlichenmäßig regelt. Durch diese Bestimmung, die, wenn sie auch nicht in vollem Umfang den berechtigten Forderungen der Gemeinden entspricht, doch nennbar die Lastung wenigstens des größten Teils der Verwaltungskostenzuschüsse erweicht, war nun für eine endgültige gesetzliche Regelung freie Bahn. Dies ist durch das soeben vom Reichstag verabschiedete Gesetz erfolgt. Neben der Reichsbahn löst im Interesse der Vereinfachung auch die **Reichspost** die von ihr zu zahlenden Verwaltungskostenzuschüsse durch Zuschußzahlungen ab, die für die Rechnungsjahre 1925—1927 je 3,2 Millionen RM. und 1928 jährlich je 3 Millionen RM. betragen. Insgesamt haben Reichspost und Reichsbahn für die zurückliegende Zeit und das Rechnungsjahr 1930 nennbar einen Betrag von zusammen 38,6 Millionen RM. für die Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Entspricht dieser Betrag auch nicht ganz den im Gesetz vom 10. 8. 1925 für die Gemeinden festgelegten Ansprüchen, so handelt es sich doch um einen nicht unerheblichen Betrag, der den heute besonders belasteten Gemeinden mit größeren Reichsbetrieben (Reichsbahn-Werksstätten und dergleichen) eine erhebliche finanzielle Entlastung gewähren kann.

Von besonderer Wichtigkeit ist es, daß das neue Gesetz zugleich die Grundzüge der **Unterverteilung** der Zuschußbeiträge durch die Länder auf die Gemeinden dahin festlegt, daß für die Verteilung das **Zustandverhältnis** maßgebend sein muß, für das wieder das **Haftungsverhältnis der Arbeitnehmerbevölkerung zur Einwohnerbevölkerung** und die Größe der Gemeinden maßgebend ist. Ein Zustandverhältnis darf nicht für Gemeinden festgelegt werden, bei denen die Arbeitnehmerbevölkerung nicht mehr als 5 v. H. der Einwohnerbevölkerung beträgt. Auch bei Bemessung der Höhe der Zuschüsse an die hiernach zuzurechnenden Gemeinden ist das **Zustandverhältnis der Arbeitnehmerbevölkerung zur Einwohnerbevölkerung** zu berücksichtigen. Damit ist Vorsorge getroffen, daß eine unbillige Verteilung der verfügbaren Mittel vermieden wird und die Zuschüsse denjenigen Gemeinden vergrößert zu kommen, die durch die Reichsbetriebe besonders stark belastet sind.

Soll für das Rechnungsjahr 1930 und die folgende katastrale Finanzlage der Gemeinden die Ausführung der Mittel noch eine höhere Hilfe bedeuten, so ist die **gesetzliche Hilfe** zu beantragen. Es darf erwartet werden, daß die Länder, insbesondere Preußen, alles tun werden, um die **Umverteilung** zu beschleunigen, und zu diesem Zwecke die **Landesausführungsbefugnisse** möglichst bald herauszubringen.

Danzigs Marienkirche durch Einturz bedroht.



Die gefährdete Marienkirche. Es ist das älteste und größte Marienbild in Danzig, das die nächste Einturzgefahr künden. Das berühmte Kunstwerk des deutschen Nordens soll nun einer gründlichen Restaurierung unterzogen werden.

Einer der stehenden Risse im Turm der Marienkirche. Die Gefahr des Einsturzes ist durch den Riss im Turm der Marienkirche in Danzig bedroht. Das berühmte Kunstwerk des deutschen Nordens soll nun einer gründlichen Restaurierung unterzogen werden.